



Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2003



2003

Zur Premiere 2003 wird ein Doppelpreis vergeben

Bereits in ihrer ersten Sitzung im Januar 2003 hat die Jury zur Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises eine Entscheidung in großem Einvernehmen gefällt. Der Preis ist benannt nach dem großen Schriftsteller Franz Werfel (1890-1945), der mit seinem in der ganzen Welt diskutierten Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ die Vertreibung der Armenier aus der Türkei und den Genozid an den Armeniern eindringlich, wirkungsvoll und mit großer künstlerischer Gestaltungskraft dargestellt hat. Die Jury hat sich entschieden, einen Doppelpreis zu verleihen. Die Preisträger sind zum einen die tschechischen Initiatoren des „Kreuz der Versöhnung“: Věra Vítová, ehemals Bürgermeisterin von Wekelsdorf/Teplice nad Metují, Jan Piňos, Vorsitzender von TUZ se, Broumovsko, Petr Kulišek, Vorsitzender von INEX.

Auf Initiative dieser Personen und ihrer Organisationen wurde am 15. September 2002 für die auf dem Buchenberg 1945 ermordeten Sudetendeutschen und alle Opfer nationaler Konflikte dieser Region das Versöhnungskreuz errichtet. Großes ehrenamtliches Engagement und viele hundert freiwillige Arbeitsstunden wurden dafür eingebracht. Die Initiatoren haben damit ein mutiges Zeichen des Dialogs zwischen Deutschen und Tschechen gesetzt.

Der zweite Preisträger ist Dr. Mihran Dabag, ein aus der Türkei stammender Armenier, der Leiter des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum ist. Das von Mihran Dabag aufgebaute Institut für Diaspora- und Genozidforschung hat seinen Schwerpunkt in der Analyse einzelner Strukturen und Prozesse kollektiver, staatlich gestützter Vernichtungsgewalt. Dr. Dabag hat sich insbesondere durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Armenierverfolgungen und ihre heutigen Implikationen einen

Namen gemacht. Er ist ein anerkannter Experte auf dem Gebiet der Genozidforschung. Die Jury würdigte einerseits eine mutige Tat, die in schwierigem Umfeld stattfand: die Bürgermeisterin, die das „Kreuz der Versöhnung“ akzeptierte, wurde nicht wiedergewählt. Andererseits wurde durch die Vergabe des Preises an Dr. Mihran Dabag an eines der größten Vertriebungsverbrechen des 20. Jahrhunderts erinnert. Die französische Nationalversammlung hatte im Jahr 2001 die Vertreibung und Ermordung hunderttausender Armenier als Genozid bezeichnet.

Mit der Verleihung eines Doppelpreises wollte die Jury dem besonderen Anliegen des Stifters, des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, gerecht werden und die Spanne zwischen einer mutigen Tat in einem schwierigen politischen Umfeld einerseits und von Wissenschaft und Forschung in einer fast vergessenen Menschenrechtsfrage andererseits deutlich machen. Die erste Preisvergabe hatte bei beiden Preisträgern auf jeweils unterschiedliche Weise eine besondere Beziehung zu Franz Werfel, dem Namensgeber des Menschenrechtspreises. Mit den tschechischen Preisträgern war eine Bindung an Werfels Heimatregion, die heutige Tschechische Republik hergestellt, in der Werfel 1890 in Prag geboren wurde. Mit Mihran Dabag wurde ein Preisträger ausgewählt, der sich, wie Franz Werfel in seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ dem Genozid an den Armeniern widmet.

Mitglieder der Jury zur Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises waren: Daniel Cohn-Bendit MdEP, Ralph Giordano, Prof. Dr. Peter Glotz, Dr. Otto von Habsburg, Dr. Klaus Hänsch MdEP, Dr. Helga Hirsch, György Konrád, Dr. Otto Graf Lambsdorff, Lennart Meri und Erika Steinbach MdB.



Grußwort der Stadt Frankfurt am Main

Sehr verehrte Festversammlung, meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie in Namen der Stadt Frankfurt am Main, des Magistrats und der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung heute Morgen hier mit großer Freude zur Verleihung dieses Preises in der Paulskirche zu Frankfurt am Main. Erstmals wird in diesem Jahr der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis verliehen und dazu darf ich im Namen der Stadt Frankfurt in besonderem die Stiftungsvorsitzenden des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Frau Abgeordnete Erika Steinbach, Mitglied des Deutschen Bundestages und Herrn Prof. Dr. Peter Glotz begrüßen. Ebenfalls begrüße ich sehr herzlich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Deutschen Landtage, Exzellenzen und ein ganz besonderer Gruß des Willkommens geht natürlich an die Preisträger. Dr. Mihran Dabag, Leiter des Instituts für Diaspora- und Genozid-Forschung an der Ruhr-Universität Bochum und aus der Tschechischen Republik die Initiatoren des „Kreuz der Versöhnung“, Frau Věra Vítová und Jan Piňos und Petr Kulišek.

Ich darf ebenfalls mit großer Freude, weil wir sie häufiger in Frankfurt erleben dürfen, den Laudator, die Laudatoren, des heutigen Vormittages begrüßen. Ralph Giordano und Berthold Kohler, für die Hessische Landesregierung herzlich willkommen Herr Staatsminister Corts.

Meine Damen und Herren, an wen richtet sich dieser Preis? Ausgezeichnet werden Personen oder Gruppen, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung oder die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer, rassistischer oder religiöser Gruppen gewandt haben. Ein Preis also, von dem wir alle wünschten, er würde nicht existieren,



Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main.

Frau Steinbach. Denn der Preis weist darauf hin, es gibt Vertreibung, es gibt Völkermord und es gibt Menschen, die sich damit nicht abfinden. Das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN hat mit diesem Preis einen Auftrag seiner Satzung umgesetzt. Die Charta der Deutschen Heimatvertriebenen erinnert an das Recht auf Heimat. Heimat ist auch etwas, meine Damen und Herren, in das der Mensch im Laufe der Zeit hineinwächst und nimmt man uns die Heimat, nimmt man Menschen ihre soziale Identität. Dieser an sich selbstverständliche Gedanke ist leider keineswegs, auch heute noch nicht, Allgemeingut.

Sicher, es gibt internationale Abkommen, Erklärungen und Entschließungen, die dem Recht auf Heimat Geltung verschaffen. Die Realität ist aber leider oft eine andere. Wir haben es in den letzten Jahren immer wieder erlebt. Ob im

ehemaligen Jugoslawien, in China, in Ruanda, in Burundi, im Sudan, um nur wenige der bekannten Fälle aufzuführen. Immer wieder werden Menschen wegen ihrer religiösen, kulturellen oder ethnischen Herkunft aus ihrer Heimat vertrieben. Ja sie werden damit entwurzelt.

Dabei spielt es keine Rolle, ob die Vertreibung von Staats wegen angeordnet oder durchgeführt wird oder von marodierenden Banden. Die Verletzung elementarer Menschenrechte berührt uns alle. Wenn wir es mit der Universalität der Menschenrechte ernst nehmen, müssen wir uns überall dort einmischen, wo die Menschenrechte verletzt werden. Diese Aussage ist ebenfalls keinesfalls selbstverständlich.

Lange Zeit, und ich möchte ihre Erinnerung auf diese Zeit konzentrieren, war es in Deutschland schwierig den einfachen Sachverhalt auszusprechen, dass nämlich die Vertreibungen der Deutschen nach dem Krieg ebenso menschenrechtswidrig waren, wie die Vertreibungen, die die Deutschen selbst begangen haben. Dazu darf ich die Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen zitieren. Dort wird auf Rache und Vergeltung verzichtet und bekräftigt, dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschen gebracht hat. Die Spirale von Gewalt und dann Gegengewalt war damit durchbrochen. Der Entschluss war, wie es hieß, nach reiflicher Überlegung und Prüfung des Gewissens zustande gekommen. Ihm lag die Einsicht zugrunde, dass Unrecht nicht durch Unrecht geheilt werden kann. Dies ist nicht nur eine zutiefst christliche Gedankenwelt, sondern es ist die Voraussetzung des Zusammenlebens auf der Basis des Völkerrechtes. Vertreibung kann nicht gerechtfertigt sein aufgrund von vorausgegangenem Unrecht. Dies hat sehr richtig der ehemalige

tschechische Präsident Václav Havel auch deutlich anlässlich seines letzten Besuches in Berlin angesprochen.

Meine Damen, meine Herren, Versöhnung setzt die unbedingte Anerkennung des Rechts voraus. Diese Anerkennung des Rechts verbietet Rache und Vergeltung. Und dass es mit der Versöhnung nicht so einfach ist, wissen die Initiatoren der Gruppe „Kreuz der Versöhnung“ nur zu gut. Ihre Auszeichnung mit den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ist ein Zeichen der Ermutigung den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Und das demokratische Europa gründet sich auch auf der Anerkennung der Menschenrechte. Deshalb ist die Erinnerung, ist die wissenschaftliche Aufarbeitung von Vertreibung und Völkermord auch in der Zeit des sich einigenden Europas unverzichtbar.

Herr Dr. Mihran Dabag, der zweite Preisträger des Menschenrechtspreises widmet sich der Diaspora- und Genozid-Forschung und hat sich vor allem mit der Verfolgung der Armenier beschäftigt. Eine auch heute noch offene Wunde in der europäischen Erinnerung. Europa heißt, sich der Geschichte zu stellen und sich nicht nationalistisch zu entschuldigen. Es gibt keine Entschuldigung für Genozid und Vertreibung. Es gibt keine Entschuldigung für die Verletzung von Menschenrechten. Indem das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN die Preisträger des Menschenrechtspreises ehrt, ruft es in uns die Bedeutung der Menschenrechte ins Gedächtnis für Europa, aber auch für eine Welt, die auf die universale Geltung der Menschenrechte baut.

Ich danke Ihnen.



Ansprache

Die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN verleiht heute erstmals ihren Franz-Werfel-Menschenrechtspreis. Nicht an irgendeinem Ort, sondern in der „Herberge deutscher Hoffnungen und der Schaubühne deutscher Tragik und Unvollkommenheit“, wie Theodor Heuss die Frankfurter Paulskirche charakterisierte.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Roth, und dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, dass dieser edelste Raum zur Verleihung von Preisen ohne Umschweife zur Verfügung gestellt wurde. Das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN gibt es als Stiftung seit dem 6. September 2000. Es wurde geboren aus der Erkenntnis der deutschen Heimatvertriebenen, dass es nötig ist, nicht im eigenen Leide, in persönlichen traumatischen Erinnerungen zu verharren, sondern ein Instrument zu schaffen, das dazu beiträgt, Vertreibungen und Genozid grundsätzlich als Mittel von Politik zu ächten. Theoretisch ist das im Völkerrecht schon lange der Fall. Menschenfeindliche Praxis setzt sich leider nur allzu oft darüber hinweg – bis zum heutigen Tage. Der Stiftung sind vier gleichrangige Aufgaben gestellt, deren Kern immer die Menschenrechte sind.

Erstens soll in einem Gesamtüberblick in Berlin das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer aus ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit ihrer Kultur und ihrer Siedlungsgeschichte erfahrbar werden. Sie hatten ihre Heimat in den baltischen Ländern, in Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Polen, Bulgarien, der früheren Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Dort siedelten sie seit Jahrhunderten. Und sie kamen aus dem früheren Osten Deutschlands. Viele Tausende davon durchlitten Jahre von Zwangsarbeit und Lagerhaft. Fast 2,5 Millionen Kinder, Frauen und Männer haben die Torturen



Erika Steinbach MdB, Vorsitzende der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN.

von Vertreibung, Folter, Zwangsarbeit oder monatelanger Vergewaltigung nicht überlebt. Mit diesem Schicksal dürfen die Überlebenden nicht allein gelassen werden. Es ist gesamtdeutsche Aufgabe.

Zweitens wollen wir die Veränderungen in Deutschland durch die Integration Millionen entwurzelter Landsleute mit den Auswirkungen auf alle Lebensbereiche ausleuchten. Der Soziologe Eugen Lemberg hat 1950 von der „Entstehung eines neuen Volkes aus Binnen-deutschen und Ostvertriebenen“ gesprochen. Tatsächlich blieb z.B. von der konfessionellen Struktur in Deutschland nichts mehr so, wie es weithin seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 gewesen war. Das „unsichtbare Fluchtgepäck“, wie es die Dichterin Gertrud Fussenegger nannte, war auch technisches, handwerkliches, landwirtschaftliches oder

akademisches Know-how. Hinzu kam die sieben-, achthundertjährige eigenständige kulturelle Identität und die Erfahrungen im Neben- und Miteinander mit slawischen, madjarischen, baltischen oder rumänischen Nachbarn.

Die Heimatvertriebenen haben interkulturelle Kompetenz hierher getragen. Mit ihrem frühen Bekenntnis zu einem Europa, in dem die Völker in Frieden miteinander leben, waren sie den meisten Menschen in Deutschland voraus. Warum? Sie wissen intensiver als viele andere, dass Europa nicht an Oder und Neiße oder am Bayerischen Wald endet. Der französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser hat die Integration der Vertriebenen als die größte sozial- und wirtschaftspolitische Aufgabe bezeichnet, die von Deutschland gemeistert worden sei. Dem kann man nur zustimmen. Dennoch ist diese grandiose Leistung hier im Lande praktisch unverarbeitet.

Drittens gehören unverzichtbar zum ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN auch Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa. Allein in Europa waren bzw. sind 35 Volksgruppen von solchen Menschenrechtsverletzungen betroffen. Von den Albanern, Armeniern, Azeris über die Esten, Georgier, Inguschen, Krim-Tartaren, Polen, Tschetschenen, Ukrainern bis zu den Weißrussen und griechischen Zyprioten und die singuläre Verfolgung und Massenvernichtung der Juden Europas durch den Nationalsozialismus. Über den Genozid 1914/15 am armenischen Volk durch das Osmanische Reich hat die Völkergemeinschaft indolent hinweggesehen. Ethnische „Flurbereinigung“ durch Zwangsumsiedlungen wurden 1922 selbst vom Völkerbund nicht nur geduldet, sondern selbst beschlossen und Hitler kalkulierte mit dem Desinteresse der Völkergemeinschaft bei seinen horriblen Vernichtungsplänen. „Wer redet heute

noch von der Vernichtung der Armenier“ äußerte er 1939 und setzte Schritt um Schritt sein grausames Werk an den europäischen Juden, für das Auschwitz zum Synonym wurde, fort. Er öffnete die Büchse der Pandora vollständig. Und so gab es auch nach ihm kein Halten. Der Genozid an den Jugoslawiendeutschen, Todeslager für deutsche Zivilisten in Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und millionenfache Vertreibung von Deutschen reichten bis 1948/49. Die Vertreibung der Ostpolen durch Stalin und auch die der Ungarn durch Beneš fallen in diesen Nachkriegszeitraum. Die Absurdität nationalistischen und rassistischen Denkens jener Epoche wird am Leben des Sudetendeutschen Oskar Schindler deutlich. In seinen Papieren findet sich ein Brief an den berühmten Filmregisseur Fritz Lang. Schindler, der Mann, der 1200 Juden mit Mut und Einfallsreichtum das Leben rettete, notiert darin zum Schicksal seines besten Freundes: „Er wurde im letzten Kriegsjahr als Halbjude erkannt und aus der Wehrmacht ausgestoßen. Die Tschechen haben ihn in Prag, wo er dann lebte, bei Kriegsende als deutschsprechenden Zivilisten erschlagen.“

Auf dem Balkan und in Tschetschenien sehen wir bis heute Bilder der Gewalt, getrieben von Rache und Vergeltung in einem Teufelskreis. Von anderen Kontinenten gar nicht zu sprechen. Gründe der Rechtfertigung dafür werden immer wieder gesucht. Es gibt sie nicht! Vertreibung und Genozid lassen sich niemals rechtfertigen. Sie sind immer ein Verbrechen, sie widersprechen den Menschenrechten und sie verharren im archaischen Denken von Blutrache. Das wollen wir nicht achselzuckend hinnehmen, sondern immer wieder mahnen und die Menschen bewegen, mitzufühlen und Anteil zu nehmen.

Alle Opfer von Genozid und Vertreibung brauchen einen Platz in unseren Herzen und im histori-



Preisverleihung in der „Wiege der deutschen Demokratie“: der Paulskirche in Frankfurt am Main.

schen Gedächtnis. Einen solchen Platz wollen wir mit der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN geben. Wir wollen deutlich machen, dass Menschenrechte unteilbar sind. Unverzichtbar gehört der Dialog mit unseren Nachbarvölkern dazu.

Viertens gehört zu den Stiftungsaufgaben die Verleihung eines Preises, mit dem Menschen ausgezeichnet werden, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein schärfen. Der Preis kann an Einzelpersonen, aber auch an Initiativen oder Gruppen verliehen werden, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen gewandt haben. Insofern erfolgt die Preisverleihung auf der Grundlage des IV. Haager Abkommens von 1907, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, des Internationalen Paktes von 1966, der

Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen von 1998, aber auch der Kopenhagener Kriterien des Europäischen Rates von 1993.

Wer in diesem Sinne beispielgebend politisch, künstlerisch, philosophisch oder durch praktische Leistungen gewirkt hat, kann durch diesen Preis ausgezeichnet werden. Was aber ist ein Preis ohne Namen? Wir haben uns für „Franz-Werfel-Menschenrechtspreis“ entschieden. Das ist ein hoher Anspruch, dessen sind Prof. Glotz und ich uns bewusst. In diesem Namen verzahnt sich europäische Geschichte. Der große jüdische Lyriker und Romancier deutscher Zunge wurde 1890 in Prag geboren, musste 1938 emigrieren und starb 1945 in der Emigration. Hätte er das Kriegsende erlebt, wäre es ihm wohl ebenso ergangen, wie dem sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, der niemals aus der Emigration in seine tschechoslowakische Heimat zurückkehren konnte, obwohl er loyaler tschechoslowakischer Staatsbürger war. Darüber hinaus hat Franz Werfel ganz unzeitgemäß dem dahingemordeten armenischen Volk mit seinem großen Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ ein einzigartiges literarisches Denkmal gesetzt. Aber auch die Probleme seiner böhmischen Heimat trieben ihn um. Über das „Dreivölkerland, Böhmerland“ schrieb er: „Deiner Stämme Zahl, Deutsche, Slaven, Hebräer, umarmt einander in inbrünstiger Feindschaft. Aber vielleicht sieht Gott nur die Umarmung und nicht die Feindschaft.“

Die Jury hat sich im Januar in großer Einmütigkeit für die Verleihung eines Doppelpreises entschieden. Die einen Preisträger sind gemeinsam als Gruppe die tschechischen Initiatoren des „Kreuz der Versöhnung“ im tschechischen Wekelsdorf: Věra Vítová, ehemals Bürgermeisterin von Wekelsdorf, Jan Piños, Vorsitzender



Mehr als „musikalische Umrahmung“: Bläsersolisten des Radio-Sinfonie-Orchesters Frankfurt am Main unter der Leitung von Prof. Vladislav Brunner.

von TUZ se, Broumovsko!, Petr Kulišek, Vorsitzender von INEX und der andere Preisträger ist als Einzelperson Dr. Mihran Dabag, Leiter des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum.

Damit würdigt die Jury zum einen eine mutige Tat in einem bis heute besonders schwierigen Umfeld und zum anderen die wissenschaftliche Arbeit an einem fast vergessenen Genozid, dem Schicksal des armenischen Volkes. Bei dieser ersten Preisvergabe haben beide Preisträger auf jeweils unterschiedliche Weise eine besondere Beziehung zu Franz Werfel, dem Namensgeber des Menschenrechtspreises. Mit den tschechischen Preisträgern ist eine Bindung an Werfels Heimatregion und das Schicksal der Sudetendeutschen gegeben. Und mit dem Wissenschaftler ist ein Preisträger ausgewählt worden, der sich wie Franz Werfel in seinem

Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ des Genozids an den Armeniern widmet. Auch die musikalische Umrahmung passt sich dem Namensgeber unseres Preises an. Anton Reicha gehört zu den großen böhmischen Komponisten. Herzlichen Dank den Bläsersolisten des Radio-Sinfonie-Orchesters Frankfurt.

Unter den Gästen befindet sich heute auch der tschechische Bildhauer Petr Honzátko. Ihm gilt ein besonderer Gruß. Er ist der Schöpfer des Mahnmals „Kreuz der Versöhnung“ und hat damit dem Gedanken und dem Willen der Initiatoren beeindruckende künstlerische Gestalt gegeben. Aber nicht nur das. Nach jeder Schändung durch Hassparolen, Hakenkreuze oder Zerstörungsaktionen wie vor wenigen Tagen wieder, macht er sich unverzüglich daran, die entstandenen Schäden auszubessern und die Skulptur zu säubern.

Prof. Peter Glotz und ich danken allen Mitgliedern der Jury für die Bereitschaft mitzuwirken und für eine wirklich gute Wahl. Mit dem früheren estnischen Staatspräsidenten Lennart Meri und dem ungarischen Dichter und bisherigen Präsidenten der Akademie der Künste, György Konrád, haben zwei bedeutende Repräsentanten europäischer Nachbarvölker mitgewirkt.

Wir begrüßen unsere heute anwesenden Juroren Dr. Helga Hirsch und Dr. Otto von Habsburg, der den paneuropäischen Gedanken eingebracht hat, ebenso herzlich wie Dr. Ralph Giordano, der gleich als Laudator zu hören sein wird. Und ich danke allen für den Vorschuss an Vertrauen, der mir entgegengebracht wurde. Wir brauchen und wir wollen ein versöhntes Europa, in dem die Völker friedvoll miteinander leben können. Unsere europäischen Völker leben bewusst oder unbewusst auf einem gemeinsamen kulturellen Fundament. In schöpferischem Geist erwachsen über die Jahrhunderte Musik, Literatur, Philosophie, Baukunst und Malerei. Die Menschen unseres Kontinents verbindet unendlich viel mehr als sie trennt, trotz der Verwerfungen des 20. Jahrhunderts. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind eng miteinander verwoben für unsere Völker.

Günter Grass und der polnische Journalist Adam Michnik haben in großer Einheit festgestellt, dass historische Versöhnung nicht stattfinden kann, wenn düstere Kapitel der Vergangenheit tabuisiert werden. Dazu gehört die Vertreibung von Menschen, dazu gehört der Genozid an Völkern. Wir müssen uns unserer Vergangenheit gemeinsam stellen, der guten und der schwierigen, um eine auf Dauer friedvolle und fruchtbare Zukunft zu gewinnen. Dazu wollen wir mit dem ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN beitragen und dazu wollen wir heute mit der Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises ein Zeichen setzen.

Ralph Giordano

1923-2014

Laudator

Ralph Giordano wurde 1923 in Hamburg geboren und war ein deutscher Journalist und Schriftsteller. Als Schüler und Sohn einer jüdischen Mutter erlebte er das nationalsozialistische Unrechtsregime hautnah mit, eine Erfahrung, die sein ganzes Lebenswerk prägte.

1940 wurde Giordano wegen „zersetzender Tätigkeit“ verhaftet und von der Schule ausgeschlossen. 1943 rettete sich die Familie in ein Dorf in Mitteldeutschland. 1945 wurde Giordano erneut verhaftet und durch die Gestapo gefoltert. Danach konnte er bis zur Befreiung durch britische Truppen untertauchen. Im Nachkriegsdeutschland betätigte sich Ralph Giordano nach einem vorübergehenden Engagement in der kommunistischen Parteipolitik in Fernsehjournalismus und Publizistik. Durch seine kompromisslose Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Faschismus, Stalinismus und Sozialismus avancierte er zu einem kritischen Beobachter und Kommentator der deutschen Zeitgeschichte.

1982 erschien sein Roman „Die Bertinis“, an dem Giordano 40 Jahre lang gearbeitet hatte. Hier schilderte er (mit veränderten Namen) seine Erlebnisse zur Zeit des nationalsozialistischen Unrechtsregimes, 1988 wurde das erfolgreiche Buch verfilmt. Ralph Giordano starb am 10. Dezember 2014 in Köln.



Die Humanitas ist unteilbar! Die Vorgeschichte der Vertreibung rechtfertigt kein einziges Verbrechen, keine einzige Menschenrechtsverletzung an den Vertriebenen.

Am 24. April 1915 lässt der Innenminister des Türkisch-Osmanischen Reiches, Talaat Bey, in Konstantinopel Hunderte armenischer Notabeln verhaften – sie werden nie wiederkehren.

Am 27. Mai folgt der Befehl zur Deportation der Armenier. Begründung: Abwehr drohenden Verrats, Aufstandsgefahr, Hilfe für den Feind – die Pforte war am 1. November 1914 an der Seite Deutschlands und seiner Verbündeten in den Ersten Weltkrieg eingetreten.

Der Befehl setzt in Ostanatolien, in der Schwarzmeer-Region und in Kilikien, später auch im europäischen Teil des Osmanischen Reiches, viele Hunderttausend Armenier beiderlei Geschlechts und jeden Alters in Bewegung – Beginn einer der größten Völkertragödien in der geschriebenen Geschichte.

Die menschliche Phantasie reicht nicht aus, sich die Schreckensbilder vorzustellen, die sich nun zwischen Trapezunt und Aleppo, Kesaria und Van abspielen. Unterwegs angefallen von Gendarmen, Soldaten, Räubern und eigens zu diesem Zweck entlassenen Sträflingen, werden die Deportierten, mit meist nicht mehr als den Kleidern auf dem Körper, in unübersehbaren Kolonnen aus ihren Wohnsitzen über Gebirge und Flüsse den Wüsten Syriens und Mesopotamiens zugeführt. Gewalttaten, wohin das Auge blickt.

Tod durch Pfählen, Abhäuten und Verbrennen bei lebendigem Leibe; Massenvergewaltigungen: In der Schlucht von Kemal Bog, hoch über dem Euphrat, binden sich Frauen und Mädchen zu Hunderten aneinander und stürzen sich, eine die nächste mit sich reißend, gemeinsam in die Tiefe. Kinder sterben an der Brust ihrer verzweifelten Mütter; andere Mütter verlieren den Verstand über ihre toten Kinder; andere Kinder begreifen nicht, dass ihre Mütter gestorben sind, während ihnen selbst, kaum geboren, schon der Tod ins

Gesicht geschrieben steht. Nur ein Bruchteil der Deportierten erreicht die Wüstenlager – Homs, Hama, Der-es-Sol, Mossul. Ende 1915 ist das Gros der Armenier im Türkisch-Osmanischen Reich vernichtet. Die Opferziffern schwanken zwischen 800.000 und 1,5 Millionen. „La question armenienne n'existe plus“, so Talaat Bey am 4. September 1915 – „Die armenische Frage existiert nicht mehr.“

Der Völkermord an den Armeniern ist schriftlich überwältigend dokumentiert, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Akte Türkei 183, Band 36 bis 46 – Hunderte und aber Hunderte amtlicher Schreiben der deutschen Botschaft in Konstantinopel-Pera an den Kanzler des Deutschen Kaiserreichs in Berlin, Theobald von Bethmann Hollweg. Eine nahezu lückenlose Chronik des Grauens, aufgezeichnet vom deutschen Bundesgenossen, der alles wusste, aber Gewehr bei Fuß stand, ohne einzugreifen. Ich habe sie Blatt um Blatt eingesehen, die Akte, eine Lektüre, bei der immer wieder Pausen eingelegt werden mussten, weil kein Mensch diese Zeugnisse eines nahezu kollektiven Untergangs in einem Zug hätte durchhalten können.

Nicht jeder gewaltsamen Verpflanzung großer Menschenmassen aus ihrer angestammten Heimat an einen anderen geographischen Ort muss die Absicht eines Genozids zugrunde liegen. Insofern sind Vertreibung und Völkermord, sind Ursachen und Absichten der jeweiligen Täter keineswegs von vornherein miteinander identisch. Diese Vertreibung aber, die armenische, war ein Völkermord – und sein Instrument: die Deportation. Was nicht nur schriftlich, sondern auch optisch belegt ist. Durch Armin T. Wegner, einen Sanitätsgefreiten und später leidenschaftlichen Nazigegner, der im Stabe des Feldmarschalls von der Goltz auf dem Marsch von Konstantinopel nach Bagdad durch das Depor-

tationsgebiet zog. Trotz strikten Verbots machte Wegner unter Lebensgefahr Aufnahmen, deren Originale ich im Deutschen Literaturarchiv zu Marbach am Neckar einsehen konnte – Fotos, die sich nur mit denen vergleichen lassen, die die Alliierten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges bei der Befreiung der Konzentrationslager machten.

Die Mitverantwortung des kaiserlich-deutschen Bundesgenossen durch Passivität steht außer Frage, doch nichts regte sich, weder während des Genozids noch danach – und das bis heute. Der Chronist kann hier vermelden, dass keiner deutschen Regierung in den fast 90 Jahren seither anderes eingefallen ist, als zu schweigen. Darin nur noch übertroffen von einer Türkei, die, abermals Bundesgenosse, den Völkermord an den Armeniern konsequent leugnet. Und das in der Erwartung: „Das Problem“ werde sich von selbst lösen.

Es ist die Hoffnung auf die armenische Auflösung in der armenischen Diaspora. Und tatsächlich geht es, wie die Weltkarte dieser Diaspora ausweist, um das ethnische, das kulturelle und letztlich auch um das biologische Überleben von Armeniern in der Fremde. Mir scheint kein Volk in der Wurzel so gefährdet zu sein, wie das außerhalb der kleinen GUS-Republik global verstreute armenische. Das ist die Tragödie, in die sich mein Laudandus gestellt sieht, einer der etwa vierzigtausend armenischen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland: Doktor Mihran Dabag – geboren 1944 als Sohn überlebender Eltern. Äußere Daten: Schule im Rahmen eines armenischen Stipendienprogramms in Istanbul; dann der lebensbestimmende Wechsel nach Deutschland – die Universitäten Bonn und Bochum –, dort Promotion im Fach Philosophie. Wissenschaftliche Schwerpunkte seiner Arbeit: „Sozialanthropologie“, „Konflikt-, Friedens- und

Entwicklungsforschung“. Seit 1994, zusammen mit seiner Lebensgefährtin Kristin Platt, Aufbau des „Instituts für Diaspora und Genozidforschung“ an der Ruhr-Universität Bochum.

Es ist ein völlig als Aufgabe begriffenes Dasein, von Mihran Dabag selbst in die Schlüsselform gebracht: Als Kind von Überlebenden habe er durch das eigene Leben eine Schuld abzutragen. Und das, so fährt er fort, „mit Identitätsunsicherheit und dem Wissen um den Verlust armenischer Identifizierung“. Und dennoch, eine Identifikation ist da, eine unverbrüchliche – die mit den Opfern. So lernte ich Mihran Dabag kennen – bei den Vorbereitungen meiner im April 1986 von der ARD/WDR ausgestrahlten Fernsehsendung „Die armenische Frage existiert nicht mehr – Tragödie eines Volkes“.

Ich hatte schon kurz nach meiner Befreiung am 4. Mai 1945 durch die 8. Britische Armee in Hamburg Franz Werfels Buch „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ gelesen, und in den folgenden Jahrzehnten erlebt, wie zwar der Holocaust immer tiefer in das Weltbewusstsein drang, der Völkermord an den Armeniern darin jedoch ein weißer Fleck blieb. Nach der Begegnung mit Mihran Dabag machte ich die armenische Sache zu der meinen. Seither sind fast zwanzig Jahre vergangen, und ich sage bei vollem Bewusstsein und klarem Verstand: Mir ist niemand bekannt, keiner, der seine Person so eingeboren hinter die Aufgabe stellt, wie Mihran Dabag – und ich nehme mich selbst dabei nicht aus. Darin, wie dieser Kämpfer der armenischen Sache es tut, ist er für mich, den weit Älteren, ein Vorbild – und ich bringe das heute in diese öffentliche Stunde ein.

Das ist etwas Unentfernbares in ihm – seine innere Bindung, mehr, seine Amalgamierung mit den geraubten Leben, den vielen, vielen geraubten armenischen Leben. Sie sind der Kompass seiner

Erinnerungsarbeit – wie Auschwitz der meine. In diesem Freund, eher publicityschem still, entdeckte ich etwas ebenso Dauerhaftes wie Kostbares: eine urwüchsige Bescheidenheit und Zurückgenommenheit, die Stigmata seiner Ehrlichkeit – bei ewiger Flamme. Wenn das Bild von der an beiden Enden brennenden Kerze auf jemanden zuträfe, dann auf niemanden mehr als auf Mihran Dabag. Am Morgen des 22. April 1986, dem Tag nach der Ausstrahlung meiner Sendung „Die armenische Frage existiert nicht mehr – Tragödie eines Volkes“, rief er mich an und sagte: „Als ich heut vor die Tür trat, sah die Welt vollkommen anders aus als gestern.“

Es war das schönste Kompliment, das ein Freund dem andern für die gemeinsame Sache machen konnte. Er wird sich wahrscheinlich nicht sehr wohlfühlen bei meiner Eloge, aber sie wird von mir abgelegt mit dem besten Gewissen der Welt, und jener Ergänzung, die in jede Laudatio gehörte, nämlich: „Sollte der Laudandus tatsächlich auch dunklere Seiten haben, so hat er es mit einer geradezu an Genialität grenzenden Umsicht verstanden, sie vor dem Laudator verborgen zu halten.“ Will mit alledem nichts anderes sagen, lieber Freund und Bruder, als dass mein Vertrauen in Deine Standhaftigkeit unerschütterlich ist. Du wirst sie brauchen, denn strapaziert wird Dein Leben bleiben, und das oft genug bis an die Zerreißgrenze – ist der Völkermord an den Armeniern von 1915/16 doch nach wie vor ein weißer Fleck.

Einer hatte damit gerechnet, einer hatte es in schrecklicher Prophetie vorausgesagt: Hitler! Am 22. August 1939, also am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, erklärte er vor den versammelten Kommandeuren seiner SS-Todeschwadronen und der Wehrmachtsgeneralität: „Dies wird kein Krieg wie vorangegangene Kriege, dies wird ein Krieg gegen Mann, Weib und

Kind“ – um dann fortzufahren: „Wer erinnert sich heute noch an die Vernichtung der Armenier?“ Zehn Tage später, am 1. September 1939, kommt ein Novum in die Menschheitsgeschichte, etwas, das jedes bis dahin vorstellbare Fassungsvermögen übersteigt – das System des Unbedingten, ein staatlich institutierter Kosmos der Mitleidlosigkeit bricht mit Waffenwelt über die nationalen Grenzen und wirft sich auf Europa und die Welt! Was bedeutet: Nichts, was Menschen angetan werden kann, ist mehr unmöglich – nichts. Darunter der organisierte Erstickungstod von Millionen, als eine Form des industriell betriebenen Massen-, Serien- und Völkermords nach den Methoden der Ungezieferverteilung – „Mann, Weib und Kind“. Die da Menschen das Recht absprechen, auf der Erde zu sein, dabei kontinentale Ausrottungs- und Versklavungspläne entwerfen und praktizieren, sind keine Bestien – es sind Techniker, Familienväter, Soldaten, Beamte, ordinary people; eine beispiellose Täterschaft, die nur am Kriegsverlauf scheitert, aber die These vom „Tausendjährigen Reich“, wenn auch nicht im Sinne ihrer Schöpfer, bis in fernste Zukunft wachhalten wird.

Was dann, am Ende der Apokalypse, über die Deutschen selbst kam, namentlich im Osten, war fürchterlich – ein ungeheurer Hassstau machte sich Luft: Totschlag, Mord, Massenvergewaltigung, Verschleppung und – Vertreibung. Heute wird Mihran Dabag eine Auszeichnung annehmen vom ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN – auf meinen Vorschlag als Juror des ersten „Franz-Werfel-Menschenrechtspreises“.

Problemlos war diese Akzeptanz nicht, und wir bitten beide deshalb das Auditorium um wenige Minuten mehr Sprechzeit als die ausgemachten 15 – halten zu Gnaden. Aber wir wollen Klarheit und Ehrlichkeit. Initialzündung der Verbindung war ein Telefongespräch der Vorsitzen-



Ralph Giordano im Gespräch am Rande der Preisverleihung.

den des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Frau Erika Steinbach, nach einer Publikation von mir über die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Trotz kontroverser Standpunkte ein überraschend langes Gespräch, mit beiderseitiger Neugierde; danach weitere Telefonate; eine erste Begegnung; wechselseitige Sympathien, die gut taten. Und doch ein Kontakt mit einem bis dahin eher ungewohnten Topos. Das Leid der Vertriebenen zwar war mir nie gleichgültig, wofür meine tiefe Affinität zu Ostpreußen bürgt, und die Integrierung der Vertriebenen mir als beispiellose Leistung vollkommen bewusst. Aber da waren auch lange Erfahrungen meinerseits mit einer Verbandspolitik, die für mich gekennzeichnet war von irritierender Verdrängung der Vorgeschichte der Vertreibung; offensichtlich tiefen Berührungsängsten gegenüber der Nazizeit und ihren Verstrickungen; einseitiger Ankla-

ge über deutsches Leid danach, ohne erkennbar innere Beziehung zu deutschverursachtem Leid davor. Und nun dies ... In dem Gefühl: „Hier hat sich etwas geändert“, ergriff ich die ausgestreckte Hand und trat der Jury des „Franz-Werfel-Menschenrechtspreises“ bei.

Als das bekannt wurde, gab es öffentliche und interne Unruhe, Aufgebrachtheit, Kritik und Warnungen vor Instrumentalisierung – Stimmen, die Mihran Dabag und ich keineswegs leicht nehmen, besonders die jüdischen nicht. Deshalb an dieser Stelle unser beider Credo: „Die Humanitas ist unteilbar! Die Vorgeschichte der Vertreibung rechtfertigt kein einziges Verbrechen, keine einzige Menschenrechtsverletzung an den Vertriebenen. Aber ohne die Vorgeschichte der Vertreibung hätte es kein einziges Verbrechen an Vertriebenen, keine einzige Menschenrechtsverletzung, keine Geschichte der Vertreibung gegeben! Wer die Vorgeschichte der Vertreibung verdrängt, verstößt gegen die Unteilbarkeit der Humanitas, wie der, der die Nachgeschichte ausblendet.“

Sie, diese Unteilbarkeit, ist unsere „Charta“, und wir bestehen beide auf ihrer Chronologie und ihrer Kausalität. Und das in Übereinstimmung mit jener Stelle in der berühmten Rede Richard von Weizsäckers im Deutschen Bundestag vom 8. Mai 1985, in der es heißt: „Die Ursachen für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit liegen am Anfang, nicht am Ende des Krieges“, und weiter: „Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ Das korrespondiert mit der Formulierung der Vorsitzenden des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN: „Es war Hitler, der die Büchse der Pandora geöffnet hat...“ (allerdings, das sei hier angemerkt – Auschwitz hätte sich Pandora, die für alle Übel zuständige antik-griechische Göttin, wohl kaum vorstellen können). Aber dieses Wort der Vorsitzenden hat die Annäherung gefördert, mehr jedoch noch wird

Mihran Dabags und meine Anwesenheit erklärt durch die Antwort, die Sie, sehr geehrte Frau Steinbach, auf den Vorwurf fanden, ihre Interpretation von Vertreibung habe den Holocaust relativieren wollen: „Davon kann überhaupt keine Rede sein“, schrieben Sie, „weder die Vertreter der Stiftung noch ein Mitglied der Jury haben jemals die Einmaligkeit des Massenmords an den Juden durch die Nationalsozialisten bezweifelt.“

Mihran Dabag und ich stehen an dieser erhabenen Stätte, weil wir die Witterung einer Veränderung aufgenommen haben wollen, an der wir teilhaben möchten, eine von uns lange nicht für möglich gehaltene Entwicklung, die einen Vertriebenen der ersten Stunde, den Juden Franz Werfel, zum Namensträger eines Menschenrechtspreises gemacht hat, heute einen Nachfahren von Überlebenden des Völkermords an den Armeniern ehrt und die Laudatio dafür einem Überlebenden des Holocaust anvertraut.

Hätten Laudandus und Laudator sich instrumentalisiert gefühlt, stünden sie nicht hier. Gleichwohl das Geständnis, dass ein Stück Unsicherheit bleibt, wenn, wie erst kürzlich wieder auf einem Vertriebenenentreffen von „offenen deutschen Wunden“ gesprochen wird, ohne auch nur mit einer Silbe die Wunden zu erwähnen, die zuvor von Deutschen geschlagen worden und ebenfalls noch offen sind – ein Zusatz, der fehlte. Er lässt uns verunsichert fragen, wie hoch die alte Verdrängungsschwelle, jedenfalls punktuell, immer noch ist.

Wir plädieren für Aussöhnung durch Wahrhaftigkeit auf beiden Seiten, begrüßen daher die jüngste Stimme aus Prag, und appellieren an Kritiker und Warner aus den ehemals deutsch besetzten Ländern Mittel- und Osteuropas, ihrerseits zu überprüfen, ob da, wo es schmerzhaft wird, auch für sie das Geheimnis der Erlösung – Er-

innerung heißt, und – die Humanitas unteilbar ist. Eben weil sie es ist, will ich das Recht haben, über deutsches Leid erschüttert zu sein. Wenn ich im Zuge der Vertreibungen Menschen verprügelt oder niedergeschlagen am Boden sehe, namentlich auf jenem mir unvergesslichen Fotos, auf dem ein Mann mit blutendem Kopf hilflos in die Kamera aufschaut – dann möchte ich hin zu ihnen und ihre Wunden verbinden. Ebenso, wenn ich sehe, dass Menschen winters in offene Güterwagen verladen werden – auch dann ist in mir nichts, als der vegetative Wunsch; hin zu ihnen, hin und das eigene Hemd ausziehen, um sie zu wärmen. Und wenn ich dabei Kinder sehe, die, wie Kinder immer, schuldlos sind, doch nun voller Verstörung in die unbegreifbare Welt der Erwachsenen schauen – dann weine ich. Was nicht um eine den Strom der Tränen mindert, die ich vergossen habe, vergieße und bis an mein Ende vergießen werde über die Opfer des Holocaust und die nichtjüdischen Ermordeten, Sinti, Roma, Slawen – Menschen aus fünfzehn besetzten Nationen.

Nein, ich entlasse Hitler und seine Anhänger nicht aus der Primär-, der Erstverantwortung für jeden Zivil- und Militärtoten des von ihnen ausgelösten Zweiten Weltkrieges, wie auch für Flucht, Gebietsverluste und Vertreibung. Ich habe damals auf diesem, und keinem andern Planeten gelebt, ich war Zeuge der bestürzenden Empfänglichkeit für den braunen Ungeist hierzulande, Zeuge auch eines gleichfalls bestürzend raschen Verlustes an humaner Orientierung, und ich frage mich immer noch, bis heute: „Hast du das wirklich überlebt?“ Ja – wenn auch mit offenen Wunden bis an mein Ende. – Aber so wenig, wie ich mir heute das Recht auf Kritik oder Zustimmung an der Politik von Vertriebenenverbänden nehmen lassen will, so wenig will ich mich verhärten, wenn ich das Elend der Deutschen von damals sehe, und das auch

dann nicht, wenn sie in der bedrohtesten Zeit meines Lebens auf der Gegenseite gestanden haben – nun aber wehrlos waren. Ich denke dabei immer an das leuchtende Beispiel des großen russischen Humanisten Lew Kopelew, meines alten, verstorbenen Freundes, der viele Deutsche vor Willkürakten von Rotarmisten geschützt hat. Mögen sie während des Vormarsches über die Erde ihrer zerstörten Heimat auf tausend Gründe für Rache und Vergeltung gestoßen sein – der Offizier der Sowjetarmee Lew Kopelew hatte diese Gründe ebenfalls. Und entschied doch: Gegen Wehrlose keine Gewalt! Ein Prinzip, dem Kopelew bekanntlich die Freikarte für eine vieljährige GULaG-Odyssee zu verdanken hatte: Seine Post wurde abgefangen – und sein Herz für den geschlagenen Feind ihm selbst zum Verhängnis. Ich predige hier keine Nächstenliebe, ich will nur kein schlechtes Gewissen haben, will mich nicht schämen, die Fassung zu verlieren, wenn ich Deutsche von damals leiden sehe – ob auf der Flucht, als Ausgebombte oder als Vertriebene – und ich will diese Fähigkeit behalten, so lang ich atme. – Die schönsten Briefe meines Schriftstellerdaseins habe ich übrigens von Vertriebenen erhalten. In meinem Buch „Ostpreußen ade – Reise durch ein melancholisches Land“ heißt es, der Autor dabei unter den Märchenwipfeln masurischer Alleen: „Wie hält man es aus, eine Heimat wie diese verlassen zu müssen, ohne dass einem das Herz bricht?“

Ja, wie nur...?

Helfen Sie, helfen wir alle, dass es nie wieder zu einer solchen Frage kommen wird.



Jeder Genozid ist historisch und sozial singular: die einzelnen Formen der jeweiligen Entrechtung, Verfolgung und Ermordung sind unterschiedlich.

Dr. Mihran Dabag

Preisträger

Dr. Mihran Dabag wurde 1944 in Diyarbakir in der Türkei geboren. Er ist ein deutscher Wissenschaftler und Publizist armenischer Herkunft. Er ist Professor an der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum und Leiter des dortigen Instituts für Diaspora- und Genozidforschung. Mihran Dabag studierte Philosophie, Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft in Bonn und Bochum. Er hat zahlreiche Bücher über Gewalt, Genozid und Kolonialismus veröffentlicht und ist Herausgeber der Zeitschrift für Genozidforschung. Dr. Dabag hat sich insbesondere durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Armenierverfolgungen und ihren heutigen Implikationen einen Namen gemacht.

Er ist ein anerkannter Experte auf dem Gebiet der Genozidforschung. Dabag ist der Auffassung, dass erst die Anerkennung eines Genozids eine wirkliche Aufarbeitung der Geschichte im Detail ermögliche und verweist hierbei auch auf den Völkerrechtler Raphael Lemkin, der den Begriff „Genozid“ geprägt hat und an dem „Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ der Vereinten Nationen von 1948 maßgeblich beteiligt war.



Preisverleihung 2003 | Dr. Mihran Dabag

Dankesrede des Preisträgers

in der Frankfurter Paulskirche am 29. Juni 2003





Ich fühle mich sehr geehrt, zusammen mit den Initiatoren des „Kreuzes der Versöhnung“, den zum ersten Mal verliehenen Franz-Werfel-Menschenrechtspreis zu erhalten – für den ich mich sehr herzlich bedanken möchte. Er ist ein Preis, der zugleich Auszeichnung, Verpflichtung und Verantwortung bedeutet: ein Preis, der für mich aber auch sehr viel Nähe heißt. Denn es gibt kaum einen Namen, der so beispielhaft für die Bewahrung der Erinnerung an den Völkermord an den Armeniern steht, wie der Name von Franz Werfel. Und es gibt nur wenige Werke, die den Opfern selbst eine eigene Stimme geben.

Den Opfern, den Überlebenden eine Stimme geben – aus der Türkei kommend, war Deutschland für mich immer ein Ort der Rettung. Die Chance, in Deutschland leben und studieren zu können, habe ich als eine Befreiung empfunden. Und doch führte mich diese Rettung erst recht untrennbar zurück in die Erinnerung. Für die Kinder der Überlebenden gibt es keine Möglichkeit, sich von der Erinnerung loszusagen.

Der französische Philosoph Lyotard hat einmal geschrieben, dass die Tatsache des Todes allein nicht dazu geführt habe, „das Wir zu sprengen“. Tatsächlich war die Geschichte der Armenier über Jahrhunderte eine Geschichte von Verfolgungen und Vertreibungen gewesen – aber sie war immer auch eine Geschichte der Hoffnung, wieder neu anfangen zu können.

Erst der Genozid durch die Jungtürken 1915/16 im Osmanischen Reich verursachte einen Bruch, der alles beenden sollte. Denn dort, wo sogar der Tod der Opfer vernichtet wurde, wo nicht einmal der Name der Opfer verschont blieb, wo der Tod selbst bis heute geleugnet wird, gibt es keine Identität des Vorher mehr. Für



Dr. Mihran Dabag (l.) bei der Übergabe der Urkunde durch die Vorsitzenden der Stiftung Prof. Dr. Peter Glotz (M.) und Erika Steinbach MdB (r.).

die Überlebenden und ihre Nachkommen ist die Erinnerung nicht nur eine Verpflichtung, sondern der einzig mögliche Weg zur Rekonstruktion von Geschichte, Tradition und Identität. Dies ist auch der Unterschied zwischen der Erinnerung der Überlebenden und dem Gedenken, das Staaten übernehmen, um den Sinn einer Geschichte festzuschreiben. Aber auch um den Weg zu ebnen für eine nächste Generation, die unbelastet von der Verantwortung aufwachsen soll.

Eine solche Entlastung kann es in Gemeinschaften der Opfer von Vertreibungen und Genozid nicht geben. Dort, wo nach dem alles beendenden Bruch keine Tradition mehr gültig ist, wird die Erinnerung selbst zur Geschichte, zur Tradition, zur Identität. Eine Erinnerung, eine Erinnerungsarbeit, die nie abgeschlossen

sein kann. Es ist gerade diese Aufgabe der Erinnerung, zu der auch die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN auffordern möchte. Denn lange ist die getragene Erinnerung, die erzählte Geschichte der Vertreibung von Deutschen gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in die Gesellschaft integriert worden. Lange hat sich die deutsche Gesellschaft dieser Erzählung nicht wirklich geöffnet – eine Rekonstruktion oder auch eine Korrektur dieser Erzählung war somit nicht möglich. Aber auch in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus klafft eine große Lücke zwischen der wahrgenommenen und der tatsächlich verankerten Erinnerung.

Die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der Juden ist nämlich keine in den Familien erzählte, sie ist keine getragene Geschichte geworden. Sie ist nach wie vor eine gefährdete Geschichte. Aus dieser Beobachtung heraus ist in Bezug auf die Beschäftigung mit der Vertreibung der Deutschen nicht nur abzuleiten, dass sie eine Beschäftigung verdient. Sondern auch, dass sie eine eigenständige Beschäftigung verdient.

Bemerken möchte ich außerdem, dass die Ausweitung des Blicks auch auf andere Gewaltakte und Opfergruppen, [nämlich] jene „Europäisierung“, die als Aufgabe an das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN gerichtet wird, sicherlich wichtig ist, um Netzwerke der Solidarisierung aufzubauen. Um Kontextualisierungen zu ermöglichen. Um die Beschäftigung mit Gewalt, Vertreibung oder auch Völkermord überhaupt zu fördern. Jedoch erzählen lässt sich die Geschichte der Gewalt im 20. Jahrhundert nicht wirklich über eine Universalisierung der Kategorien und ebensowenig über eine Ansammlung von Opfergruppen. Insbesondere möchte ich mich gegen die Rede von dem Phänomen der Vertreibung wenden, das Europa im 20. Jahr-

hundert durchzogen habe. Vertreibung ist kein Phänomen, keine täterlose Gewalt, keine strukturelle, motivationslose Gewalt. So subsumiert die Rede von Vertreibung unterschiedliche Formen: Sanktionsmaßnahmen, Flucht, sogenannte „Bevölkerungsverschiebungen“, schließlich auch Deportationen. Es handelt sich um Politikformen, die sehr spezifische Ziele, Motivationen, Strukturen und Institutionen aufzeigen.

Diese dürfen – so meine ich – in einem allgemeinen Blick auf Vertreibungen nicht eingeblendet werden. Der Blick auf die allgemeinen Gültigkeiten wird jedoch dort relevant, wo zum Beispiel die Vorgeschichten der Vertreibung zu erörtern sind, ganz in dem Sinne, wie Ralph Giordano soeben eingefordert hat.

So muss die Forschung über Politikformen der Vertreibung an der Hinterfragung normierter Einstellungen, an Legitimationen, an weltanschaulichen Zielen, an nationalen Modellen beginnen. Dies war auch einer der Grundgedanken unserer eigenen Arbeit am Institut für Diaspora- und Genozidforschung. Denn jeder Genozid ist historisch und sozial singular: die einzelnen Formen der jeweiligen Entrechtung, Verfolgung und Ermordung sind unterschiedlich.

Trotzdem bedeutet, über Genozid zu arbeiten, sowohl über die spezifischen Selbstbilder, Handlungsnormen und Ordnungsentwürfe moderner Gesellschaften zu arbeiten, als auch die allgemeinen Grundlagen von Nation, Gesellschaft oder Identität zu hinterfragen. Deshalb ist Genozidforschung Grundlagenforschung.

Meine Damen und Herren, trotz dieser vielen offenen Forschungsfragen war es aber vor allem doch die Verantwortung vor der Verpflichtung des Überlebens, die mich gemeinsam mit Kristin Platt zum Aufbau des Instituts bewegt hat.

Mit diesen beiden Stichworten – Verpflichtung und Erinnerung – möchte ich meinen Wünschen an die Arbeit eines ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN Ausdruck verleihen, nämlich dass es einen Raum gibt für das Erzählen von Erinnerungen. Mit diesen beiden Stichworten möchte ich aber auch noch einmal auf Franz Werfel zurückkommen. Denn über diese andere Geschichte, über die Armenier zu schreiben, hieß für ihn nicht zuletzt, über die jüdische Geschichte zu schreiben.

Der Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ war ein Versuch, eine Erzählung über eine erlittene, die Möglichkeiten der Erzählung sprengende Erfahrung zu formulieren. Mit diesem Gedanken wurde der Roman vor dem Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943 gelesen, wie es Emmanuel Ringelblum, Hillel Seidman oder Marcel Reich-Ranicki berichteten. Das Besondere an Werfels Roman ist, dass er keine abgeschlossene Erzählung schrieb, sondern eine Geschichte, die weitererzählt werden wollte. Eben: Lebendige Erinnerung. Die dem einzelnen Opfer seinen Namen ließ, vielmehr: seinen Namen zurückgab. Dies ist das Erbe Franz Werfels. So möchte ich mir erlauben, die heutige Auszeichnung nicht nur als persönliche Auszeichnung zu verstehen, sondern auch als eine Bestätigung für unsere Arbeit im Institut für Diaspora- und Genozidforschung. Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt heute ein herzlicher Dank.

Dir, lieber Ralph Giordano, möchte ich an dieser Stelle besonders herzlich für Deine Worte danken. Du hast unsere Arbeit von Beginn an begleitet und ermutigt. Mit welchem Engagement Du mich, Du uns trägst, haben Deine Worte heute noch einmal gezeigt. Wir möchten Dich an unserer Seite nicht missen. Damit lassen Sie mich zum Schluss dem ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN Erfolg wünschen. Einen Ort zu schaffen für die Erinnerung und

zugleich die offene Auseinandersetzung mit Erinnerung, einen Ort der Aufarbeitung und der Dokumentation von Politikformen, die Vertreibungen ermöglichen und legitimieren, dies ist eine große Chance.

Und doch noch ein letztes, eigentlich sehr persönliches Wort: Zum ersten Mal wird in Deutschland mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ein Zeichen gesetzt für eine Geschichte, die unter so immenser politischer und wissenschaftlicher Verleugnung steht.

Dieser Preis ist ein Zeichen, der zur Anerkennung auffordert. Dass ich mit meiner Arbeit einen Schritt beitragen durfte, einen Schritt, den Sie angenommen haben, den Sie heute begleiten und weiterführen, erfüllt mich mit Dankbarkeit.

Denn hinter der wissenschaftlichen Beschäftigung, der Arbeit über kollektive Gewalt, Trauma, Erinnerung, stehen immer auch die Personen unserer Eltern. Ihr Überleben ist jenes Vermächtnis, dem Sie heute mit dieser Auszeichnung einen Platz zurück in der Geschichte geben.

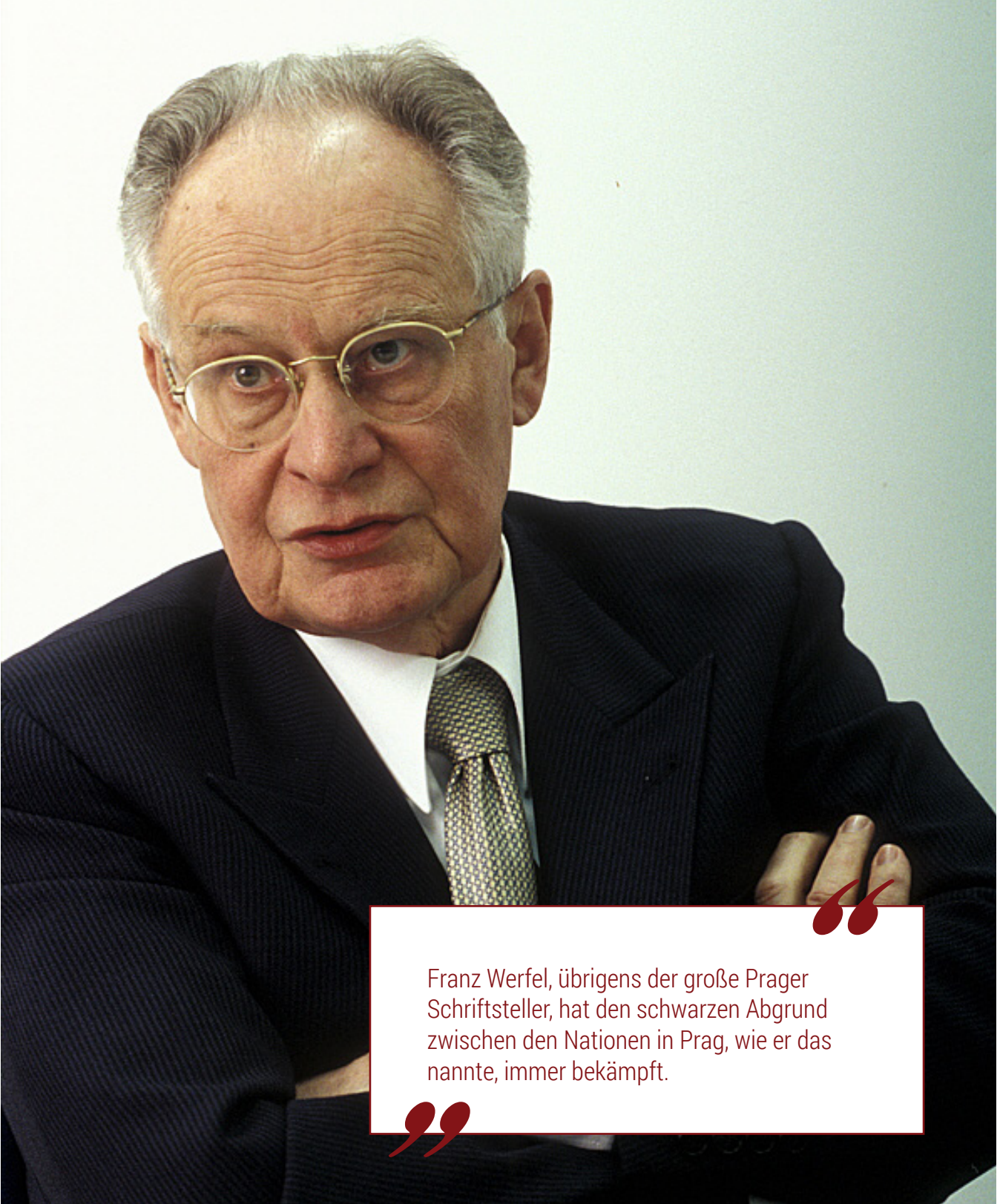
Prof. Dr. Peter Glotz

1939-2005

Laudator

Peter Glotz war ein deutscher Politiker (SPD), Publizist und Kommunikationswissenschaftler. Er wurde 1939 in Eger geboren. 1945 erfolgte mit seiner Familie die Flucht nach Bayern. Ab 1959 studierte er Zeitungswissenschaft, Philosophie, Germanistik und Soziologie; gleichzeitig war er Mitarbeiter in der Schadensabteilung einer Versicherungsgesellschaft in München und Wien. Ab 1964 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München, 1969 bis 1970 Konrektor der Universität München, 1970 bis 1972 Geschäftsführer eines Forschungsinstituts in München und Chefredakteur der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“. Er war Mitglied im ZDF-Fernsehrat, im Aufsichtsrat der Telekom, im Stiftungsrat Wissenschafts-Kolleg Berlin und im Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung. 1961 trat er in die SPD ein und war von 1970 bis 1972 Mitglied des Bayerischen Landtages. Von 1977 bis 1981 war er Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin. Von 1981 bis 1987 war Glotz Bundesgeschäftsführer und Mitglied im Vorstand der SPD. Von 1974 bis 1977 hatte er das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft inne.

Nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik wirkte Glotz als Gründungsrektor der Universität Erfurt und Professor an der Universität St. Gallen. Glotz befürwortete die Errichtung eines ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN in Berlin und war seit September 2000, gemeinsam mit der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach MdB, Vorsitzender der zu diesem Zweck gegründeten Stiftung.



“ Franz Werfel, übrigens der große Prager Schriftsteller, hat den schwarzen Abgrund zwischen den Nationen in Prag, wie er das nannte, immer bekämpft. ”

In seinem Werk „Verfolgung 1945“ schreibt der Historiker Tomaš Staniěk aus Troppau/Opava über das Verbrechen in Wekelsdorf/Teplice nad Metuji Folgendes: „An der Monatswende vom Juni zum Juli spielte sich eine weitere Tragödie an der Grenze nahe Wekelsdorf im Kreis Braunau ab. Eine Gruppe Deutscher einschließlich Kindern wurde auf Anordnung der örtlichen Verwaltungskommission und des Standortkommandanten, des Hauptmanns V. Svoboda am 28. Juni 1945 ausgewiesen und an die Grenze geführt. Die polnischen Wachmannschaften übernahmen die Aussiedler jedoch nicht. Daher wurden sie wieder zurückgebracht, eingesperrt, und am 1. Juli an einer abgelegenen Stelle im Wald von Buky von der Begleitmannschaft erschossen. Es handelte sich um elf, in der Mehrzahl ältere Frauen, sechs Männer und vier Kinder, unter diesen auch ein Baby. Ein Deutscher wurde angeblich auf der Flucht erschossen. Entsprechend dem Untersuchungsergebnis befand sich unter den Ermordeten auch eine Frau tschechischer Herkunft aus einer nationalen Mischehe. Eine tschechische Zeugin, welche bei der Exhumierung der Toten aus drei Gräbern mit anwesend war, drückte ihre Gefühle folgendermaßen aus: „Am Schrecklichsten war der Anblick eines Kindchens in einem Wickelkissen, welches ein bis zur Unkenntlichkeit des Gesichts zerschmettertes Köpfchen hatte, offenbar mit einem Gewehrkolben gemacht.“

Mit diesem Geschehen beschäftigte sich auch eine Untersuchungskommission des Sicherheitsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und gegen Svoboda und Genossen wurde darauf hin ein Strafverfahren eingeleitet.“ Den Unterlagen, die die Preisträger zur Darstellung ihrer Aktion verfasst haben, entnehme ich, dass diese Untersuchung nicht zu einem Ergebnis führte. Es heißt dort wörtlich: „Die Untersuchung des Falles wurde nach der

kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 eingestellt, so dass die Schuldigen nie bestraft wurden.“

Was ist das „Kreuz der Versöhnung“? In der Formulierung der Initiatoren: „Das Kreuz der Versöhnung wurde symbolisch eben am Ort dieser in der Geschichte von Broumov (Braunau) letzten Gewalttat errichtet. Das Denkmal gedenkt jedoch nicht nur der Einwohner von Teplice nad Metuji, die auf dem Buchenberg ermordet wurden. Es ist gleichsam allen Tschechen, Deutschen sowie Mitgliedern anderer Nationalitäten gewidmet, die in dieser Gegend durch Nationalitäten- oder Religionskriege ihr Leben verloren. Das steinerne Kreuz der Versöhnung soll keine Erinnerung an die Vergangenheit sein und nicht über das Maß an Schuldigkeit der einen oder anderen Seite richten, sondern will die



Jurymitglied SKH Dr. Otto v. Habsburg (l.) im Gespräch mit Prof. Dr. Peter Glotz (M.) und Oberbürgermeisterin Petra Roth (r.).



Laudator Prof. Dr. Peter Glotz.

Hand reichen und ein Beispiel dafür, wie auch ein Aufruf dazu sein, dass alte Schuld ein für alle Mal vergeben und die Zukunft nicht durch die Last weiterer auswegloser Streitigkeiten belastet wird.“

Wie sieht das Denkmal aus? Es gibt drei eigenständige Teile: Eine „Stele“, die direkt am Ort des Verbrechens erbaut ist, eine Statue am Rand des Waldes, von wo ein grosser Blick über die Landschaft möglich ist, und ein Pfad, der die beiden Orte miteinander verbindet. Diesen Pfad säumen Steine in der Anzahl der Opfer. Der Künstler, der das „Kreuz der Versöhnung“ gestaltet hat, ist Petr Honzátko. Das Kreuz wurde am 15. September vorigen Jahres feierlich enthüllt. Der tschechisch-deutsche Zukunftsfond hat zu dem Projekt 350.000 tschechische Kronen beigetragen. Eine erhebliche Summe wurde von den Initiatoren privat gesammelt. Hauptinitiatoren

des Projekts sind der Verein „Inex – Verein der freiwilligen Aktivitäten“, sowie die Initiative „Kopf hoch, Braunauer Gebiet“.

Besonders hervorzuheben ist, dass sich die frühere Bürgermeisterin der Stadt Wekelsdorf/ Teplice nad Metuji, Věra Vítová, mit aller Kraft für das Projekt eingesetzt hat. Auch die Stadtvertretung hat das Projekt nach einigen Gesprächen unterstützt. An dem Versöhnungskreuz-Fest, bei dem das Kreuz der Öffentlichkeit übergeben wurde, haben Repräsentanten der Tschechischen Republik und auch der Bundesrepublik Deutschland Farbe bekannt. Anwesend waren unter anderen Petr Pithart, Vorsitzender des Tschechischen Senats, Luvomir Zaorálek, Vorsitzender des Abgeordnetenhauses, Jan Ruml, Stellvertretender Vorsitzender des Senats, der deutsche Botschafter in Prag, Michael Libal, Bernd Posselt, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Rzepka, Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde sowie Milan Horaček, Direktor der Heinrich-Böll-Stiftung in Prag.

Wie war die Situation Juni/Juli 1945 in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei? Die Billigung der Aussiedlung der Deutschen und der Magyaren durch die Potsdamer Konferenz hatte noch nicht stattgefunden. Die kam erst im August. Die Sowjetunion unterstützte das, was in dem undeutlichen Wort „Abschub – Odsun“ ausgedrückt wurde, voll. Auch die Briten und die Amerikaner hatten schon im Jahr 1942 nach langen Gesprächen mit Präsident Beneš einem Transfer der Minderheiten zugestimmt. Inzwischen aber waren sie unsicher geworden. Churchill sah schon den kalten Krieg kommen und die Amerikaner, Offiziere und Soldaten der 3. Armee unter General Patton, griffen immer häufiger ein, wenn Mitglieder der tschechischen Miliz versuchten,

sudetendeutsche Zivilpersonen zu verhaften. Der Informationsminister der tschechischen Regierung, der Kommunist Václav Kopecký, erklärte ein paar Wochen später, dass die amerikanischen Einheiten am Ende des Kriegs nach Westböhmen nicht aus dem Grunde vorgestoßen seien „um unsere Nation befreien zu helfen, sondern um die Sudetendeutschen schützen zu können und dazu noch alle Nazis, Gestapo-Leute, SS-Leute und Verräter.“ Die Kriegskoalition bröckelte schon. Präsident Beneš, der bevor er Präsident geworden war, 20 Jahre lang die Außenpolitik seines Landes geführt hatte, wusste das alles genau. Und er war inzwischen ganz darauf festgelegt: Die Tschechoslowakei sollte ein weitgehend homogener Nationalstaat sein, Minderheiten sollten nur noch insofern zugelassen werden, als sie bereit wären, sich assimilieren zu lassen. In dieser Situation versuchte man, die Opfer vom Buchenberg auszusiedeln und scheiterte, wie an anderen Stellen auch häufig, an Grenzposten, die den Auftrag hatten, keine Aussiedler zu akzeptieren. Man muss einen zweiten Entwicklungszug kennen. Die Akteure waren oft nicht die einheimische tschechische Bevölkerung, sondern Kommandos von außen: Revolutionsgarden, oft durchsetzt mit falschen Partisanen, Gruppen der Svoboda-Armee, die im Osten gegen die Deutschen gekämpft hatte und das SNB, die Nationalen Sicherheitscorps.

Die Initiatoren des Projekts, die wir heute ehren, haben geschrieben: „Das tschechische Kommando in Teplice, das mittlerweile die Grundstücke der Deutschen rechtswidrig beschlagnahmt hatte, griff, um Spuren zu verwischen, zu der tragischen Lösung.“ Ob diese Beschlagnahme wirklich rechtswidrig war, will ich offen lassen. In der Tschechoslowakei galt seit dem 19. Mai 1945 das Präsidenten-Dekret über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit und über die



Preisträger Jan Piňos im Interview mit dem Hessischen Rundfunk nach der Preisverleihung.

nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen, der Magyaren, der Verräter und Kollaboranten und einiger Organisationen und Anstalten, das es ermöglichte, das Vermögen von Deutschen Nationalverwaltern zu übertragen. Aber wie dem auch sei. Was sich austobte, war nationalistischer Hass, geschürt über viele Jahrzehnte. Gegen diesen nationalistischen Hass haben sich die Initiatoren durch ihr Versöhnungskreuz gewehrt, und zwar sicher in Kenntnis der Tatsache, dass sie viel Widerspruch in ihrer eigenen Gesellschaft ernten würden. Das verdient hohen Respekt von uns allen, nicht nur von Tschechen und Deutschen. Deshalb verleiht die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN den Initiatoren den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis.


Franz Werfel, übrigens der große Prager Schriftsteller, hat den schwarzen Abgrund zwischen



In der ersten Reihe: Berthold Kohler, Ralph Giordano, Stiftungsvorsitzender Prof. Dr. Peter Glotz, Oberbürgermeisterin Petra Roth, Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach MdB, Staatsminister Udo Corts und die Preisträger Dr. Mihran Dabag, Petr Kulišek, Věra Vítová und Jan Piños (v.l.n.r.).

den Nationen in Prag, wie er das nannte, immer bekämpft. Als man ihm vorwarf, dass er in seinem Drama „Das Reich Gottes in Böhmen“, das den Konflikt zwischen Prokop, dem Führer der Taboriten, und dem päpstlichen Kardinallegaten Cesarini darstellt, nicht Partei genommen habe, sagte er: „Jede Parteinahme beruht auf Affekten, meist sogar auf den minderwertigen Affekten der Zugehörigkeit und des Interessentums. Tragödie aber ist gestaltete Gerechtigkeit.“

Ich denke, das „Kreuz der Versöhnung“ ist ebenfalls ein Versuch zu gestalteter Gerechtigkeit. Im Namen der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN gratuliere ich den Preisträgern Věra Vítová, Jan Piños und Petr Kulišek sehr herzlich. Sie haben den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis verdient.



Unser Wunsch ist es, mit diesem symbolischen Denkmal unser Innerstes sowie auch diese Landschaft zu heilen, ... Wir wissen, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben und reichen allen die Hand, die diesen Weg mit uns gehen wollen.

Věra Vítová, Jan Piňos & Petr Kulišek

Preisträger

Věra Vítová, Jan Piňos, Petr Kulišek teilten sich im Jahr 2003 den Preis mit Dr. Mihran Dabag. Im Fall der drei tschechischen Aktivisten lobte die Jury „eine mutige Tat in einem schwierigen Umfeld“. Das Versöhnungskreuz, das an die Ermordung von 23 Deutschen während ihrer brutalen Vertreibung im Sommer 1945 erinnert, wurde im September 2002 am Ort der Tragödie auf dem Buchenberg/Buková hora bei Wekelsdorf/Teplice nad Metují enthüllt. Das Kreuz löste von Anfang an widersprüchliche Reaktionen aus.

Die tschechische Kommunalpolitikerin Věra Vítová war von 1998 bis 2002 Bürgermeisterin der Stadt Teplice nad Metují und wurde aufgrund ihres Engagements für das Versöhnungskreuz nicht wiedergewählt. „Für uns ist das Kreuz ein Versuch, die Angst vor der grausamen Wahrheit zu überwinden“, bedankte sich Petr Kulišek, Vorsitzender der Bürgerinitiative Inex, für die Auszeichnung. Die Mitglieder von Inex haben es sich zum Ziel gesetzt, die Geschichte der sudetendeutsch-tschechischen Landschaft wiederzuentdecken. Jan Piňos, Vorsitzender der Vereinigung für nachhaltiges Leben/TUŽ se, Broumovsko ist einer der prominentesten Vertreter der ökologischen Bewegung in der Tschechischen Republik. Er kommt aus der Dissidentenbewegung und gehört zu den Mitbegründern des tschechischen Greenpeace-Ablegers. Der Prozess der Selbstreflexion und der Heilung des lokalen historischen Gedächtnisses war ihm ebenfalls stets ein wichtiges Anliegen, das ihn zu einem der Förderer und Unterstützer des Versöhnungskreuzes werden ließ.

Preisverleihung 2003 | Věra Vítová
Jan Piňos
Petr Kulišek

Rede des Preisträgers Petr Kulišek
in der Frankfurter Paulskirche am 29. Juni 2003





Erlauben Sie mir, dass ich mich im Namen der Initiatoren des „Kreuzes der Versöhnung“ in Teplice nad Metují/Wekelsdorf sowie auch im Namen all derer, die mit ihrer freiwilligen Arbeit zu seiner Errichtung beigetragen haben, für die Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises bedanke. Keiner von uns war Hauptinitiator, wir alle hatten ein gemeinsames Ziel. Ihre Würdigung ist für uns alle eine große Ehre.

Am 15. September 2002 weihten wir auf dem Buchenberg das „Kreuz der Versöhnung“ ein, das mit seiner Bedeutung an die Tradition der Sühnekreuze anknüpft. Es drückt die Überzeugung aus, dass es an der Schwelle des neuen Jahrtausends, in einer Zeit, da die Welt immer stärker vernetzt wird, notwendig ist, neue zwischenmenschliche und auch politische Haltungen zu entwickeln, die auf Toleranz, Gewaltlosigkeit, Verständnis und Zusammenarbeit gegründet sind. Das „Kreuz der Versöhnung“ auf dem Buchenberg symbolisiert für uns die Hoffnung, dass die Nachkriegsgewalttat an diesem Ort die letzte in der Geschichte unserer Gegend, unseres Landes war. Das „Kreuz der Versöhnung“ ist ein Versuch, die Angst vor der brutalen Wahrheit über sich selbst zu überwinden und diese in die Vergangenheit zu verweisen.

Wir haben uns entschlossen, allen Opfern von Streitigkeiten zwischen den Nationalitäten im Braunauer Ländchen ein Denkmal zu errichten. Ziel unserer Initiative war es, in der Gesellschaft eine Diskussion über den Sinn der Versöhnung anzuregen und die weitere Zusammenarbeit mit den deutschen Landsleuten zu unterstützen. Unsere Bemühungen werden auch von dem Verlangen geleitet, den kulturellen Reichtum und die Naturschönheiten des Braunauer Ländchens zu pflegen. Unser Wunsch ist

es, mit diesem symbolischen Denkmal unser Innerstes sowie auch diese Landschaft zu heilen, weil wir sie gern haben und hier unbeschwert und mit freiem Sinn leben wollen. Wir wissen, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben und reichen allen die Hand, die diesen Weg mit uns gehen wollen.

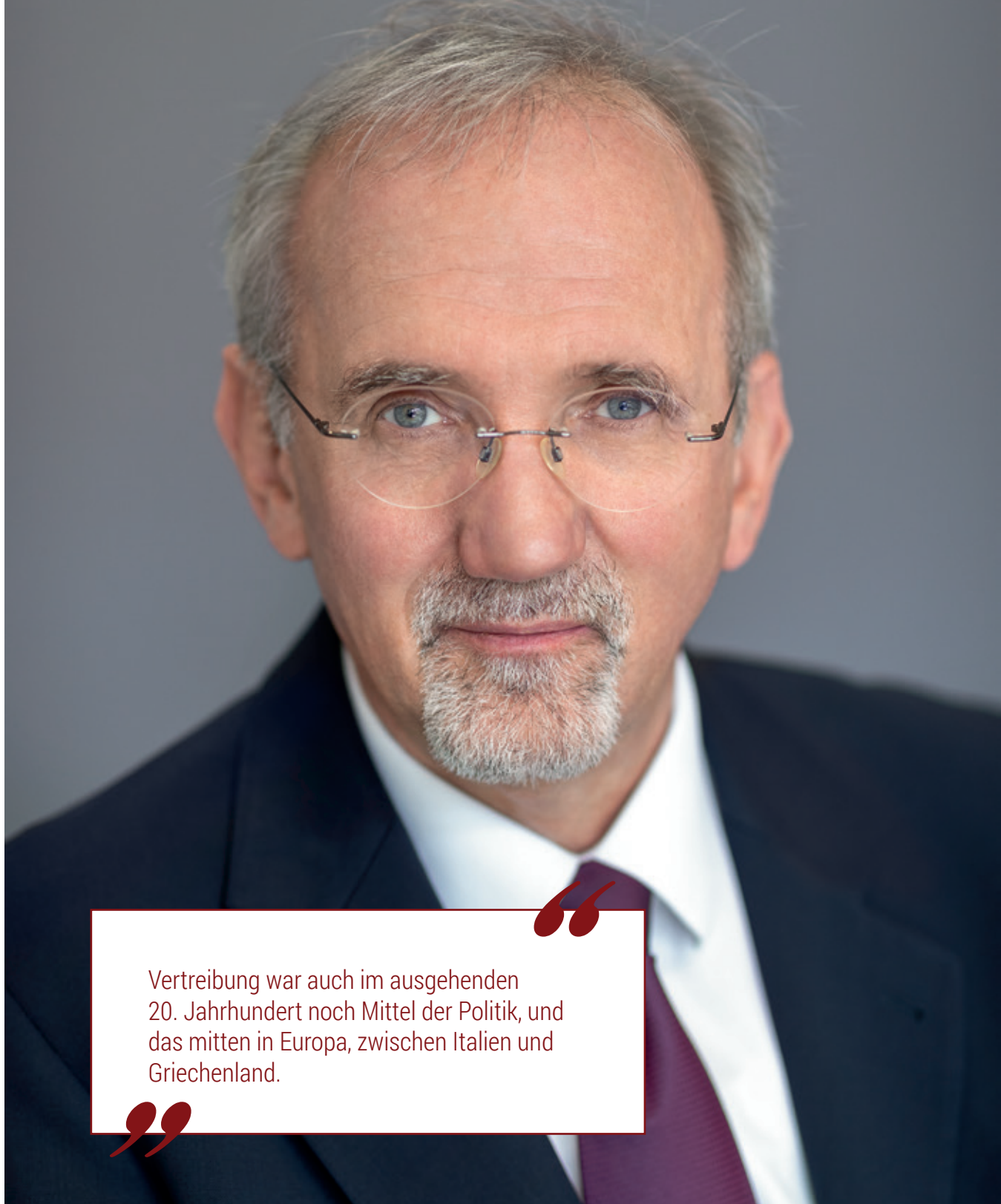
Wir haben versucht, den Aufruf, den Streit zu beenden und den Weg zur Versöhnung einzuschlagen, mit einem Kunstwerk auszudrücken. Dieser Aufruf erfolgte aus der persönlichen Haltung und dem persönlichen Entschluss einiger Einzelpersonen, der anderen Seite die Hand zu reichen und er hat eine einzigartige Gestalt in einer einzigartigen Landschaft angenommen. Unverhofft ergab es sich, dass einsam erwachsene menschliche Beweggründe den Boden der Politik betraten und die Grenzen des Braunauer Ländchens, ja sogar der Tschechischen Republik überschritten. Unser Weg vom Kreuz zur Versöhnung führte uns vom Buchenberg bis nach Frankfurt.

Wir achten Ihren Preis, ebenso wie wir die innere Wandlung eines jedes einzelnen Menschen achten, dessen Weg zur Versöhnung eine lange Wanderung und Überwindung von Schmerzen bedeutet.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung auf diesem Weg. Die Botschaft des Versöhnungskreuzes muss weiter gepflegt werden. Sie ist nicht nur der Kommentar zu einem historischen Ereignis. Sie führt in unsere gemeinsame Zukunft. Sie haben uns mit dem verliehenen Preis Mut gemacht, aufeinander zuzugehen.

Wir danken Ihnen.

(Übersetzung: Gudrun Heißig)



“
Vertreibung war auch im ausgehenden
20. Jahrhundert noch Mittel der Politik, und
das mitten in Europa, zwischen Italien und
Griechenland.
”

Berthold Kohler

Festredner

Berthold Kohler wurde 1961 im oberfränkischen Marktredwitz geboren. Nach dem Wehrdienst studierte er Politikwissenschaft an der Universität Bamberg und der London School of Economics. Es folgte ein Volontariat bei der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG und 1989 der Eintritt in die politische Redaktion. Anfang der neunziger Jahre wurde er als Korrespondent nach Prag entsandt. Von dort, später von Wien aus, berichtete er über mittel- und südosteuropäische Länder. Seit 1999 ist Berthold Kohler Herausgeber der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG.



Preisverleihung 2003 | Berthold Kohler

Festansprache

in der Frankfurter Paulskirche am 29. Juni 2003





Am 11. September des Jahres 2001 haben islamistische Terroristen zwei Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers in New York gestürzt, ein anderes in das Pentagon. Die Welt hielt an diesem Tag den Atem an. Danach waren auch wir Deutsche für einige Zeit Amerikaner. Der Bundeskanzler erklärte sich unbeschränkt solidarisch mit der amerikanischen Nation. Sein Land stimmte ihm fast ungeteilt zu.

Nur ein Dreivierteljahr später hatte sich die deutsche Gefühlslage gegenüber Amerika grundsätzlich gewandelt. Der Bundeskanzler warnte nun vor amerikanischem Abenteuerertum, und wieder meinten die meisten seiner Bürger, er habe recht. In den Straßen Deutschlands erhob sich eine neue, alle Schichten der Gesellschaft ergreifende Friedensbewegung, die dem Verbündeten Amerika nicht mehr traute.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis, das nach dem Zweiten Weltkrieg so eng geworden war, schien plötzlich die größtmögliche Entfernung in der politisch-kulturellen Gemeinschaft zu beschreiben, die man früher „den Westen“ nannte. Konnten sich die Amerikaner, die Deutschen oder die Amerikaner und die Deutschen in dieser vergleichsweise kurzen Zeit so geändert haben? Ich glaube nicht. Die Metamorphose dieser Beziehung war im Gegenteil nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Deutschen auch in einer veränderten Weltlage ihrer Gesinnung treu blieben.

Deutschland hat den 11. September und die zwei Kriege, die Amerika in seiner Folge führte, in erster Linie vom Standpunkt der Moral aus beurteilt. Der Angriff auf Amerika konnte entsprechend nur tiefstes Entsetzen hervorrufen, weil klareres Unrecht nicht vorstellbar war: Aus heiterem Himmel heraus wurden Tausende unschuldiger Frauen, Kinder und Männer ge-



Berthold Kohler (r.) im Gespräch mit der Vorsitzenden der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN Erika Steinbach MdB (l.).

tötet; für aufgeklärte Gesellschaften ist nichts denkbar, das als Rechtfertigung für einen solchen barbarischen Akt dienen könnte.

Die Beurteilung des Feldzugs gegen das Taliban-Regime fiel dagegen schon zwiespältiger aus; insgesamt setzte sich in der öffentlichen Debatte aber die Argumentation durch, die in dem Schlag gegen die Terror-Basis Afghanistan eine nach den Regeln des klassischen Völkerrechts berechnete Maßnahme der Notwehr und Gefahrenabwehr sah.

In der Irak-Debatte aber ist das von einer überwältigenden Mehrheit der Deutschen kategorisch in Abrede gestellt worden. Diesen Krieg hat für die meisten Deutschen nichts rechtfertigen können: nicht die chronische Missachtung des Willens der Völkergemeinschaft durch Saddam Hussein; nicht die damals auch von

Berlin, Paris und den Vereinten Nationen als real betrachtete Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen; und auch nicht Saddams menschenverachtendes Regime, dem Zehntausende, wahrscheinlich eher Hunderttausende Iraker zum Opfer gefallen waren, und jeden Tag weiter zum Opfer fielen.

Warum spreche ich hier über Deutschland und Amerika, über Afghanistan und den Irak? Weil die Fieberkurve des deutsch-amerikanischen Verhältnisses als aktuelles Beispiel dafür dienen kann, wie stark kollektives Erleben in der Vergangenheit Empfinden und Bewusstsein einer Gesellschaft beeinflusst und den Rahmen für ein politisches Handeln vorgibt, das ohne Kenntnis dieser Geschichte, auch der Emotionsgeschichte, nur unvollständig zu verstehen und zu würdigen ist. Die deutsche Reaktion auf die weltpolitischen Ereignisse der vergangenen zwei Jahre ist über alle Parteigrenzen hinweg von einer Grundüberzeugung bestimmt worden: dass Krieg und kriegerische Akte nicht Mittel der Politik sein dürfen, weil damit inakzeptables Leid über unschuldige Menschen gebracht wird. Die deutsche Haltung zum Krieg wie auch die vieler anderer Europäer wird auch noch im beginnenden 21. Jahrhundert maßgeblich von der traumatischen Erfahrung des industrialisierten, total entfesselten Krieges beherrscht, mit dem Hitler-Deutschland die Welt überzog. Amerika und Europa haben im Streit über die Irak-Politik Fehler begangen; einer der größten der Amerikaner dürfte es gewesen sein, die psychologischen und politischen Nachwirkungen der europäischen Bürgerkriege aus dem vergangenen Jahrhundert unterschätzt, vielleicht auch nicht ganz verstanden zu haben. Das Verhalten des sogenannten „new Europe“ widerlegt diese These übrigens nicht: dass Polen in einer Zeit, in der – berechtigt oder nicht – von einer deutsch-russischen Achse gesprochen wurde, einen beson-

ders engen Schulterschluss mit Amerika suchte, erklärt sich ebenfalls aus seiner historischen Erfahrung.

Doch zurück zu den Deutschen. Krieg ist für uns kein Mittel der Politik mehr, sondern der Ausweis von politischem und moralischem Versagen. Das Land, aus dem dieser Meister kam, verabscheut ihn zutiefst aus intimer Kenntnis. Die kategorische Distanzierung der Deutschen zum Krieg wird bestimmt und erst vollständig verständlich durch die Doppelerfahrung des anderen zugefügten und in der Folge selbst erlittenen Leids.

Aus welchen Teilen der Welt die Bilder von Krieg, Völkermord und Vertreibung auch stammen, die mit der täglichen Nachrichtenflut in unsere Wohnzimmer gespült werden: In Deutschland weiß man, was sie bedeuten. Sie wecken Erinnerungen, die auch nach Jahrzehnten noch schmerzen. In vielen Briefen, die ich von Lesern unserer Zeitung nach dem 11. September erhielt, und aus denen tiefes Mitgefühl mit den Amerikaner sprach, kam der Schrecken der selbst erlebten Bombennächte vor, allerdings auch der damit verbundene schmerzliche Erfahrungsvorsprung: Bisher, so hieß es mitunter sogar wörtlich, hätten die Amerikaner ja nicht gewusst, was es bedeute, bombardiert zu werden. In der öffentlichen Debatte über Krieg und Frieden im Irak spielte dieser jedenfalls behauptete Erfahrungsunterschied und die daraus gezogenen Schlüsse eine nicht unwesentliche Rolle. Das „alte“ Europa fühlte und fühlt sich der Sturm-und-Drang-Macht Amerika in Erfahrung und daraus erwachsener Moralität haushoch überlegen.

Das nehmen besonders wir Deutsche für uns in Anspruch. Wir haben unsere Lektion gelernt. Sie ist in das Fundament der deutschen Nachkriegsdemokratie eingegossen und von Genera-

tion zu Generation weitergegeben worden. Doch die gesellschaftliche Erzählung beschränkte sich lange Zeit auf die eine Seite des Traumas, die des Täters. Dafür gab es Gründe. In der in Trümmern liegenden Welt von 1945 war die deutsche Schuld übermächtig. In einer Zeit, in der die Deutschen unter dem Kollektivverdacht der Unmenschlichkeit und Unbelehrbarkeit standen, hätte die intensive Beschäftigung mit dem Leid, das sie selbst erfahren hatten, als Relativierungsversuch und als Infragestellung des Verhältnisses von Ursache und Wirkung gelten müssen. Nicht nur in den ehemals von Deutschland besetzten Ländern ist das Leid, das die Deutschen durch Bombenkrieg und Vertreibung erlitten, als gerechte Strafe für Hitler verstanden worden; auch in Deutschland selbst wurde dieses Urteil geteilt angesichts des monströsen Verbrechens, das im deutschen Namen verübt worden war. Jeder

wusste und weiß, wer mit dem Bombardieren, Besetzen, Morden und Vertreiben angefangen hat. Konnte und kann man sich da beschweren, dass die Geschichte doch so etwas wie einen Gerechtigkeits Sinn haben sollte?

Es ist hier schon gesagt worden, doch ich wiederhole es: Ohne Hitlers rassistischen Vernichtungskrieg hätte es die fast vollständige Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts nicht gegeben. Aber der Verweis auf das vorausgegangene Unrecht macht aus dem nachfolgenden Unrecht keinen Akt der Gerechtigkeit. Nach unserem Rechtsverständnis lässt sich Vertreibung mit nichts rechtfertigen. Bundeskanzler Schröder hat diesen Konsens in dem Satz zusammengefasst: „Vertreibung, daran kann es keinen Zweifel geben, ist stets ein Unrecht“.



Berthold Kohler, Ralph Giordano, Stiftungsvorsitzender Prof. Dr. Peter Glotz, Oberbürgermeisterin Petra Roth, Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach MdB und Staatsminister Udo Corts (v.l.n.r.).

Das zeigt sich immer dann unmittelbar, wenn man das Reich der Kollektivvorwürfe und -behauptungen verlässt und sich der Ebene der Individuen zuwendet, die die Vertreiber aller Herren Länder scheuen, weil dort die kollektive Schuldzuweisung zusammenbricht. Einer solchen zufolge wären etwa die Sudetendeutschen mit Recht vertrieben worden, weil sie ihren Staat, die Tschechoslowakische Republik, an einen Diktator verraten hätten, der seinerseits Mord und Vertreibung über das besetzte Land brachte. Abgesehen davon, dass nicht nur das Jahr 1945 eine Vorgeschichte hatte: Entrechtet und vertrieben worden sind nach dem Krieg nicht nur Gauleiter, SS-Schergen und andere glühende Nationalsozialisten, sondern unterschiedslos und ohne Prüfung ihrer individuellen Schuld alle, die als „Deutsche“ deklariert wurden, auch Kinder und Greise, unpolitische Bürger und Hitlergegner. Enteignet wurden auch jüdische Überlebende der Konzentrationslager, die der deutschen Minderheit zugerechnet worden sind.

Mit diesen Schicksalen und diesem Unrecht hat sich auch und vor allem die deutsche Öffentlichkeit lange nicht beschäftigen wollen, denn auch bei uns wäre dann das Urteil „Das haben die doch verdient“ ins Wanken geraten. Berichteten Vertriebene vom Trauma des Heimatverlusts, beriefen sie sich auf die Unveräußerlichkeit auch ihrer Menschenrechte, dann wurde das allzu oft als verlogener Revisionismus niederkartätscht, und zwar blockübergreifend:

Der angebliche, zumindest potenzielle Revanchismus, der den Vertriebenen im Westen oft unterstellt oder sogar offen vorgeworfen wurde, diente den kommunistischen Herrschern im Osten zur Stabilisierung ihrer Regime; allerdings leisteten dem auch manche Vertriebene und ihre Vertreter mit unklaren, aber auch klaren, oft genug unrealistischen Forderungen Vorschub.

Spätestens nachdem die Schlachten um die Ostpolitik Willy Brandts geschlagen waren, meinte im Westen jedoch kaum jemand, sich mit dem Phänomen Vertreibung noch einmal beschäftigen zu müssen. Weil die These richtig ist, dass es ohne Hitler keine Vertreibung gegeben hätte, wurde im Umkehrschluss angenommen, dass es ohne Hitler auch keine Vertreibung mehr geben werde. Das aber ist falsch, wie wir inzwischen wissen.

Vertreibung war auch im ausgehenden 20. Jahrhundert noch Mittel der Politik, und das mitten in Europa, zwischen Italien und Griechenland. Der Nationalismus, in dem der Ungeist des „ethnisch reinen Volkskörpers“ wurzelt, füllte vielerorts in atemberaubender Geschwindigkeit das gesellschaftspolitische Vakuum, das mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme und Ordnungsideen entstanden war. Fast über Nacht verschwand auf dem Balkan die Grenze zwischen Gegenwart und Vergangenheit: Die Fotos der Vertriebenen- und Flüchtlingstrecks aus dem Kosovo waren, wenn sie in Schwarzweißaufnahmen, kaum von den Aufnahmen zu unterscheiden, die vor knapp sechzig Jahren in Schlesien oder Ostpreußen entstanden waren. Mit dem jeden Abend vom Fernsehen übertragenen Elend der Albaner, Kroaten, Slowenen und auch Serben wurde auch das Leiden von 15 Millionen Deutschen in Erinnerung gebracht – und vielen erst bewusst gemacht. Die moralische Erschütterung, die von Miloševićs Politik der sogenannten „ethnischen Säuberung“ ausging, führte dazu, dass sich die deutsche Öffentlichkeit erstmals mit dem Schicksal der eigenen Vertriebenen auseinandersetzen konnte, ohne dass die Behauptung einer politischen Instrumentalisierung in den Vordergrund der Debatte rückte. Das war auch deswegen möglich, weil die politische und gesellschaftliche Linke sich mit neuer Offenheit



Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises in der Paulskirche in Frankfurt am Main: Bis auf den letzten Platz besetzt ist das beeindruckende Rund in einem der nationalen Symbole der Deutschen.

dem Thema zuwandte, und weil Intellektuelle und Schriftsteller wie Günter Grass zeigten, dass die Wahrnehmung und menschliche Würdigung der Opfergeschichte der Deutschen vollkommen frei sein kann von dem Versuch, sie gegen die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzurechnen oder diese dadurch wie auch immer zu relativieren.

Dass die Gefahr der Relativierung besteht, und dass ihr auch Wohlmeinende ausgesetzt sind, zeigte die Argumentation der Bundesregierung im Verlauf des Kosovo-Krieges. Das erste Kabinett Schröder musste – kaum im Amt – begründen, warum Deutschland sich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg an einer militärischen Intervention beteiligte, die den vierten Vertreibungskrieg auf dem Balkan stoppen sollte, ohne UN-Mandat. Zwei Bundesminister rechtfertigten das mit Bezug auf Auschwitz. Welch Missgriff!

So furchtbar Milošević's Herrschaft auch war, und so richtig es gewesen ist, ihm endlich in den Arm zu fallen: mit Auschwitz lässt sich sein Verbrechen nicht vergleichen, ebenso wenig wie sich die Vertreibung der Deutschen mit der Vernichtung des europäischen Judentums auf eine Stufe stellen lässt, weder in der Geschichte noch im Gedenken.

Aber nicht nur Krieg und Holocaust, auch die Vertreibung und der gesellschaftliche Umgang mit ihr gehören zu den kollektiven Erfahrungen, welche die Gemeinschaft des neuen demokratischen Deutschland formte und prägte. Wer dieses Land verstehen will, der darf auch der Konfrontation mit diesem Teil der nationalen und europäischen Geschichte nicht ausweichen. Die soziale, wirtschaftliche und auch politische Integration der Heimatvertriebenen gehört zu den großen Leistungen der Bundesrepublik; wahr-

scheinlich ist sie sogar mit der Überwindung der Teilung auf eine Stufe zu stellen. Die Vertriebenen brachten aber nicht nur ihren Fleiß, ihr Talent und ihren Aufbauwillen mit, sondern auch das Trauma der Entrechtung und des Identitätsverlusts. Diese Mitgift ist in ihrer neuen Heimat aber auch dann noch nicht willkommen gewesen, als die Vertriebenen schon lange als reibungslos funktionierende Bürger und Mitbegründer des Wirtschaftswunders akzeptiert wurden.

Das Recht, ihren Schmerz über den Verlust ihrer Lebenswelt zu äußern, wurde ihnen nicht zugestanden. Man hat ihnen die Humanität des Mitempfindens, ja sogar des einfachen Zuhörens verweigert, auch aus der Angst heraus, das könne als eine Art moralische Aufrechnung gegen die Verbrechen der Hitler-Barbarei verstanden werden, gar als Verharmlosung des Holocausts. So ist ein Graben geblieben, der mitten durch Deutschland verläuft, und der trotz der jüngsten Debatte über Krieg und Vertreibung noch nicht zugeschüttet ist. Zugeschüttet, wenigstens überbrückt werden aber muss er.

Denn ohne die Bereitschaft, den Schmerz und die individuelle Unrechtserfahrung der Vertriebenen anzuerkennen, ohne eine Versöhnung im eigenen Land wird auch der Versöhnungsprozess mit den Nachbarn in Osten, der den inneren Verhältnissen in Deutschland oft schon vorausgeeilt ist, unvollständig bleiben, wird ihm die verlässliche Basis fehlen. Das vom Bund der Vertriebenen ins Leben gerufene Projekt eines ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN könnte Wegbereiter und Förderer eines solchen inneren Friedensschlusses sein. Seinen Sinn, der Ächtung der Vertreibung in aller Welt zu dienen, kann ein solches Zentrum nur erfüllen, wenn es die europäischen und auch außereuropäischen Vertreibungsfälle zusammenführt und die in ihnen wiederkehrenden nationalistischen Denkmuster,

aber auch die Unterschiede identifiziert. Die einzelnen Kapitel des Jahrhunderts der Vertreibungen können nicht isoliert betrachtet werden, weil, wie Václav Havel gesagt hat, das Böse hochgradig ansteckend war. Da die Vergangenheit auch noch in einem Europa, das seinen Blick unbeirrbar in die Zukunft richten will, ein Politikum darstellt, ist ein solches Zentrum ohne die Einbeziehung unserer Nachbarn nicht vorstellbar. Ihnen muss verdeutlicht werden, dass es nicht wieder um die Erhebung eines Kollektivschuldvorwurfs geht, diesmal in der Gegenrichtung.

So wichtig und unerlässlich die europäische Ausrichtung des Projekts aber auch ist: Seine Bedeutung für den notwendigen innerdeutschen Verständigungs- und Befriedigungsprozess darf dabei nicht übersehen werden. Weil es ihm als Katalysator dienen könnte, sollte das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN in Deutschland, in seiner Hauptstadt, stehen; dieser Standort wäre ein Zeichen dafür, dass Deutschland auch diesen Teil seiner Geschichte angenommen hat und auch das Leid jener Deutschen anerkennt, die in ihrer Gesamtheit besonders schwer für die deutsche Schuld büßen mussten. Den Vertriebenen böte sich mit diesem Projekt die Möglichkeit, den bequem gewordenen, beim Blick in die Vergangenheit aber nicht immer völlig haltlos erscheinenden Verdacht zu entkräften, ihnen gehe es um die Vermeidung jeder Selbstkritik und die Konstruktion einer lupenreinen Opfergeschichte.

Diese Befürchtungen begleiten auch die Debatte über das Projekt des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, seit es vorgestellt worden ist; sie zeigen uns, dass das Verhältnis zu den Vertriebenen und ihren Organisationen bei weitem noch nicht so entkrampft ist, wie es den Anschein haben mochte. Tatsächlich befindet sich der breite gesellschaftliche Diskurs mit ihnen noch im Anfangsstadium. Es ist gut, dass das ZENTRUM GE-

GEN VERTREIBUNGEN Gegenstand einer kritischen Diskussion ist; so beginnt es seinen Zweck zu erfüllen, noch bevor es seine Pforten geöffnet hat.

Dem Namensgeber des heute verliehenen Preises, Franz Werfel, ist es mit seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ gelungen, den Vertreibungs-Völkermord an den Armeniern dem, wie er in der Einführung schreibt, „Totenreich alles Geschehenen“ zu entreißen. Auch die Nationalsozialisten, die Werfels Bücher verbrannten, und vor denen er fliehen musste, konnten das auf Dauer nicht verhindern.

Im 21. Jahrhundert ist die gesellschaftliche Erinnerung nicht mehr nur auf literarische Zeugnisse angewiesen. Eine mindestens ebenso gewichtige Rolle spielt inzwischen die TV-Dokumentation, die ebenfalls in der Lage ist, eine nationale Debatte zu speisen, wie das Beispiel der Serie über Flucht und Vertreibung im Zweiten Deutschen Fernsehen zeigte. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn es nicht ein starkes gesellschaftliches Bedürfnis gegeben hätte, sich auch mit diesem Kapitel deutscher Geschichte auseinanderzusetzen. Die Tür dazu ist aufgestoßen. Wir sind aufgefordert, sie nicht wieder zufallen zu lassen, wenn die Bilder aus dem Kosovo verblasen, die Novellen in unseren Regalen verstauben und die Behauptungen verhallen, nun sei ja alles glücklich enttabuisiert. Nötig ist dazu die Beharrlichkeit, die Courage und die Empathie der Menschen, die heute mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ausgezeichnet worden sind; nötig ist der Mut, alte Urteile in Frage zu stellen; und nötig ist die Entschlossenheit, das Unrecht aller Vertreibungen aufzuzeigen, auf dass endlich ihren Anfängen gewehrt werde. Denn auch der Ungeist dieses Menschheitsverbrechens ist noch immer in der Welt.